

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am: 	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
1.1	Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik				
	Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik – erstes Arbeitsjahr 2004	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ 05.04.2005 	Bei einer Enthaltung ohne Gegenstimme beschlossen.	Wurde dem Fachausschuss vorgelegt. Wurde vom Fachausschuss am 12.04.2005 und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 23.06.2006 als ▶ erledigt angesehen.	V/50 (alte Zuständigkeit)
	Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik – Arbeitsjahr 2005	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ 09.12.2005 	Einstimmig beschlossen.	Beschluss Ausschuss Soziales und Senioren vom 27.04.2006: Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird weitergeführt. Die Modalitäten zur Einrichtung eines/r Behindertenbeauftragten werden geprüft. ▶ erledigt	V/50 (alte Zuständigkeit)
	Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik – Arbeitsjahre 2006 und 2007	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ 23.11.2007 	Einstimmig beschlossen.	Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 23.11.2007. Kenntnisnahme durch den Ausschuss Soziales und Senioren am 10.01.2008. ▶ erledigt	V/3
	Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik – Arbeitsjahr 2008	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ 19.03.2009 	Einstimmig beschlossen	Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 19.03.2009. Vom Ausschuss Soziales und Senioren	V/3

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am: 	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
				zur Kenntnis genommen am 23.04.2009 ▶ erledigt	
	Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ 28.02.2008 	Einstimmig beschlossen	Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 28.02.2008. Von dem Ausschuss Soziales und Senioren beschlossen am 10.04.2008 ▶ erledigt	V/3
	Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ 29.06.2010 	Änderung/Ergänzung einstimmig beschlossen	Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 29.06.2010. Von dem Ausschuss Soziales und Senioren beschlossen am 02.09.2010 ▶ erledigt	V/3
	Hauptsatzung der Stadt Köln - Aufnahme der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Festschreibung des Rechts auf Entsendung sachkundiger Einwohner und Einwohnerinnen in die mit behindertenrelevanten Themen befassten Fachausschüsse des Rates	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ Rat 	Beschluss des Rates vom 19.06.2007.	▶ erledigt	V/3
1.2	Behindertenbeauftragte/Büro der Behindertenbeauftragten				
	Personelle Ausstattung der Behindertenbeauftragten	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales 	Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt einstimmig folgende Empfehlung an den Aus-	Wurde von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpoli-	V/3

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am: 	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
		<ul style="list-style-type: none"> und Senioren ➤ Rat ➤ 04.09.2008 	<p>schuss Soziales und Senioren, den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und Verkehrsausschuss:</p> <p>Die zur Aufgabenerfüllung der Behindertenbeauftragten und ihres Büros erforderliche Personalausstattung ist sicherzustellen.</p>	<p>tik am 04.09.2008, dem Ausschuss Soziales und Senioren am 23.04.2009 und dem Rat am 05.05.2009 beschlossen.</p> <p>▶ erledigt</p>	
1.3	Erklärung „Die Stadt und die Behinderten“ (sog. Erklärung von Barcelona)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ Rat 29.05.2008 	Die Ratsvorlage wurde mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik inhaltlich abgestimmt und so beschlossen.	Vom Rat am, 19.06.2007 beschlossen. ▶ erledigt	V/3
1.4	Gesamtkonzept Behindertenpolitik				
	Alt: Erstellung eines Tourismus- und Kulturkonzeptes für behinderte und ältere Menschen neu: Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Kölner Behindertenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ 29.05.2007 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt einstimmig, sich dem in modifizierter Form vorliegenden Beschluss des Ausschusses Soziales und Senioren vom 24.05.2007 anzuschließen, empfiehlt aber folgende Änderungen:</p> <p>Die Überschrift des Beschlusses sollte allgemeiner formuliert werden.</p> <p>In den Aufgabenkatalog des Konzeptes soll zusätzlich das Thema „Förderung des Gemeinsamen Unterrichtes“ aufgenommen werden.</p>	Das Gesamtkonzept wird durch die Behindertenbeauftragte erstellt. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat das Konzept am 19.03.2009 einstimmig beschlossen. Die Bezirksvertretungen, die Fachausschüsse und der Rat haben am 10.09.2009 das Konzept beschlossen. ▶ erledigt	V/3

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am: 	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
	Handlungskonzept Behindertenpolitik – „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Alle Bezirksvertretungen, Fachausschüsse und Rat ➤ 28.05.2009 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt den Fachausschüssen und dem Rat zu beschließen:</p> <p>Der Rat beschließt das Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ und beauftragt die Verwaltung im Sinne des Konzeptes tätig zu werden.</p> <p>Die Umsetzung der benannten Ziele und Maßnahmen wird im Rahmen eines regelmäßigen Berichtswesens überprüft. Ein ausführlicher Bericht wird Politik und Verwaltung alle zwei Jahre zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus ist der Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik durch die regelmäßige Berichterstattung der Behindertenbeauftragten über wichtige Entwicklungen und Zwischenergebnisse zeitnah zu informieren.</p>	<p>Das Konzept liegt zurzeit allen Bezirksvertretungen, Fachausschüssen des Rates und dem Rat vor. Der Rat hat im Herbst 2009 das Konzept beschlossen.</p> <p>► erledigt</p>	V/3
1.5	Barrierefreies Köln				
	Barrierefreies Köln	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Beschluss des Ausschusses Soziales und Senioren aus 2002 ➤ Jährlicher Bericht 	Dem Ausschuss Soziales und Senioren und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik werden jährlich ein Bericht zum Sachstand vorgelegt.	<p>Der letzte Bericht „Barrierefreies Köln“ wurde der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und dem Ausschuss Soziales und Senioren am 29.10.2007 beschlossen.</p> <p>Das Berichtswesen zum Barrierefreien Köln wird ab 2008 ersetzt durch das in 2009 vor-</p>	V/3

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am: 	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
				gelegte Handlungskonzept Behindertenpolitik und zukünftig durch das Berichtswesen zum Handlungskonzept Behindertenpolitik (siehe oben). ▶ erledigt.	
1.6	Belange und Bedarfe hörgeschädigter Menschen				
	Anschaffung einer transportablen Höranlage	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verwaltung ➤ 11.05.2006 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt der Stadt die Anschaffung einer technisch geeigneten mobilen Höranlage. Diese sollte insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen der Stadt Köln oder im Weiterbildungsbereich eingesetzt werden. 2. Nach Fertigstellung des Kulturzentrums am Neumarkt wird die Höranlage sowohl vom KaN als auch von der VHS gemeinsam genutzt. Bei Bedarf wird sie an andere städtische Ämter ausgeliehen 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Anlage wurde beschafft und wird bei der VHS verwaltet. ▶ erledigt 2. VII hat dies der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in der Sitzung am 03.03.2010 mitgeteilt. ▶ erledigt 	IV/42 VII
	Induktionsanlagen für hörgeschädigte Menschen	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verwaltung ➤ 23.11.2007 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt an die Verwaltung insbesondere die Gebäudewirtschaft, das Planungs- und Bauamt folgende Empfehlung auszusprechen:</p> <p>Bei Auftragsvergabe von Induktionsanlagen für Schwerhörige ist die DIN EN 60118-4 und alle nachfolgenden DIN Normen maßgebend. Dementsprechend sind Konstantstromverstärker einzusetzen. An der offiziellen Abnahme der eingerichteten Induktionsanlage ist ein/e</p>	Der Ausschuss Soziales und Senioren hat die Stellungnahme der Verwaltung am 14.02.2008 und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 28.02.2008 zur Kenntnis genommen. ▶ erledigt	IV/26

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
			Vertreter/in der Personengruppe der Schwerhörigen und Ertaubten zu beteiligen.		
1.7	Belange und Bedarfe von Menschen mit Lernschwierigkeiten				
	Leichte Sprache	➤ Verwaltung ➤ 23.08.2007	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt der Verwaltung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Verwaltung soll in Zusammenarbeit mit den Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen und/oder dem Büro der Behindertenbeauftragten die Verwendung der Leichten bzw. einfachen Sprache in der Verwaltung regeln. • Im Umgang mit lernbehinderten Menschen soll generell die Leichte Sprache in der Verwaltung angewendet werden. • Bescheide und Formulare sollen zusätzlich in einfacher Sprache erstellt werden, wenn Bürgerinnen und Bürger insbesondere lernbehinderte Menschen dies verlangen. Damit soll der Servicegedanke gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern noch stärker zum Ausdruck gebracht werden. • Das Thema Leichte bzw. einfache Sprache soll Bestandteil der Fortbildungs- und Ausbildungsprogramme der Stadt Köln sein. <p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird regelmäßig über den Sachstand zur Umsetzung der o.a. Forderungen unterrichtet.</p>	<p>Die verwaltungsinterne Dienstanweisung zur Verwendung der Leichten Sprache ist mittlerweile in Kraft getreten. ▶ erledigt</p> <p>Fortbildungsveranstaltungen zur Leichten Sprache wurden in das Fortbildungsprogramm für die Verwaltungsmitarbeiter/innen aufgenommen und wird seit 2008 durchgeführt. Darüber hinaus werden Fortbildungsveranstaltungen zur einfacheren Sprache in der Verwaltung durchgeführt. ▶ erledigt</p>	I/10 I/11

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am: 	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
1.8	Jugend- und Bürgerzentren				
	Empfehlungen zu Angeboten in städtischen Jugend- und Bürgerzentren	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Jugendhilfeausschuss und Ausschuss Soziales und Senioren ➤ 14.12.2004 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt mit einer Enthaltung folgende Empfehlung an den Ausschuss für Soziales und Senioren und den Jugendhilfeausschuss:</p> <p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik spricht sich dafür aus, die Angebote in den Jugend- und Bürgerzentren dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie auch Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen gerecht werden. Sie regt an, verstärkt in Jugend- und Bürgerzentren wohnortnahe, integrative Freizeit- und Bildungsangebote sowie auch Angebote für Menschen mit spezifischen Behinderungsarten zu entwickeln und ggf. in Kooperation mit den Behindertenorganisationen durchzuführen.</p>	<p>Wurde dem Fachausschuss vorgelegt und vom Fachausschuss am 12.04.2005 und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 11.05.2006 als</p> <p>► erledigt angesehen.</p> <p>Die Verwaltung wird zudem dem Jugendhilfeausschuss vorschlagen, das Thema „Kinder und Jugendliche mit Behinderung“ als Schwerpunktthema in den neuen Kinder- und Jugendförderplan 2011 aufzunehmen.</p>	IV/51 (Jugendzentren) V/50 (Bürgerzentren)
1.9	Gemeinsamer Unterricht				
	Gesamtschule Nippes (Gemeinsamer Unterricht behinderter und nicht behinderter Schüler an der geplanten Gesamtschule Köln Nippes)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschüsse Soziales und Senioren und Schule und Weiterbildung ➤ 03.03.2010 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt folgenden offenen Brief an den RP Köln:</p> <p>Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, von verschiedenen Seiten haben Sie in den vergangenen Wochen Schreiben erhalten, in denen eine Änderung Ihrer Entscheidung zur geplanten Gesamtschule im Kölner Norden gefordert wird. Besonders hervorzuheben ist ein offener Brief vom 26.01.2010 der Humanwissenschaftlichen Fakultät an</p>	Bevor der Brief an den Regierungspräsidenten verschickt werden konnte, hatte der PRP im Sinne des Beschlusses der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gehandelt. In der Sitzung am 15.06.2010 wurde der Beschluss damit auf	IV

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Se- nioren z. K.) ➤ aus der Sit- zung der Stadt- arbeitsgemein- schaft Behinder- tenpolitik am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
			<p>der Kölner Universität (Dept. Heilpädagogik und Rehabilitation – Prof. Dr. K. Ziemer und Dr. J. Münch), in dem explizit für eine „sofortige und uneingeschränkte Ausrichtung der Gesamtschule in Köln Nippes auf Gemeinsamen Unterricht ...“ und für einen Ganztagsbetrieb votiert wird.</p> <p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik der Stadt Köln befasst sich seit 2007 mit dem Thema „Gemeinsamer Unterricht“ und ihr ist eine Bedarfsdeckung an GU-Plätzen besonders im Sekundarbereich ein wichtiges Anliegen.</p> <p>Daher schließt sich die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik dem o. g. Schreiben der Kölner Universität an und appelliert an Sie, die vorgesehenen Einschränkungen des Schulbetriebs zurück zu nehmen und den berechtigten Einwänden Rechnung zu tragen.</p>	<p>► erledigt Gesetzt.</p>	
	<p>Gemeinsamer Unterricht im Sekundarbereich Schreiben an die Ministerin für Schule und Weiterbildung NRW, Frau Barbara Sommer</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschuss Soziales und Senioren • Ausschuss Schule und Weiterbildung • 19.03.2009 	<p>Das Schreiben an die Ministerin für Schule und Weiterbildung NRW, Frau Barbara Sommer wurde einstimmig beschlossen.</p>	<p>Die Ministerin antwortete mit Schreiben vom 19.05.2009. ► erledigt</p>	<p>IV/2 V/3</p>
	<p>Runder Tisch GU</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Schule und Weiterbildung ➤ 23.11.2007 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hält eine deutliche Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts an Kölner Schulen für dringend erforderlich. Das Prinzip muss sein, dass jeder Schüler und jede Schülerin unabhängig von der Behinderung und unabhängig</p>	<p>Der folgende Sachstandsbericht bezieht sich wegen des inhaltlichen Zusammenhangs auf die Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemein-</p>	<p>IV/2</p>

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	> Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Se- nioren z. K.) > aus der Sit- zung der Stadt- arbeitsgemein- schaft Behinder- tenpolitik am:	Beschluss-texte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
			<p>vom Förderort die individuell erforderliche Förderung erhalten kann. Der Beschluss des Rates zur Verdopplung der Plätze im Gemeinsamen Unterricht ist ein erster Schritt in diese Richtung.</p> <p>Für die Realisierung dieses ehrgeizigen Zieles ist eine gemeinsame Zielperspektive, eine Übereinkunft über Maßnahmen und Schritte und gemeinsame Anstrengungen für die Realisierung bei allen Beteiligten notwendig.</p> <p>Daher empfiehlt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Einrichtung eines „Runden Tisches“, um alle Maßnahmen zu entwickeln und erforderliche Schritte aufzuzeigen, die zur Erreichung dieses Zieles nötig sind. Dabei sollen Anregungen für Handlungsmöglichkeiten der Kommune entwickelt werden. Veränderungen, die im Verantwortungsbereich der Landesregierung liegen, sind entsprechend zu benennen.</p> <p>Wichtig für die Zusammensetzung dieses „Runden Tisches“ ist die Beteiligung aller maßgeblichen Gruppen, insbesondere der/des</p> <ul style="list-style-type: none"> > Schulverwaltung > Sozialamtes > Behindertenbeauftragten der Stadt Köln > Elterninitiativen > Vertreter/innen für den Bereich GU-Schulen (Grundschulen und weiterführende Schulen) > Vertreter/innen für den Bereich Regelschulen (Grundschulen und weiterführende Schulen) 	<p>schaft Behindertenpolitik vom 23.11.2007, vom 19.6.2008 sowie vom 19.3.2009.</p> <p>Nach wie vor konnte in Köln das Ziel des Ratsbeschlusses vom 30.8.2007 – Verdopplung der Plätze im Gemeinsamen Unterricht – nicht erreicht werden. Es fehlt insbesondere im Sekundarbereich an GU-Plätzen, auch wenn zum Schuljahr 2010/2011 einzelne Schulen neu dazu gewonnen werden konnten und die neu gegründete Gesamtschule in Nippes von vornherein auch Kinder mit Behinderung aufgenommen hat.</p> <p>Die amtlichen Daten für das Schuljahr 2010/2011 liegen noch nicht vor. Die Schulverwaltung geht von einer Zahl von 1.097 Schüler/innen mit Behinderung im Gemeinsamen Unterricht aus. Dies wäre eine Steigerung von knapp 100 Plätzen gegenüber dem Schuljahr 2009/2010. Die Aufteilung auf Primar- und Sekundarbereich kann bisher nur</p>	

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	> Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Se- nioren z. K.) > aus der Sit- zung der Stadt- arbeitsgemein- schaft Behinder- tenpolitik am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
			<ul style="list-style-type: none"> > Vertreter/innen für den Bereich Förderschulen > Behindertenvertreter/innen > Bezirksregierung > Wissenschaft > Interessensvertretung der Lehrer/-innen (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und Verband Bildung und Erziehung) > Bündnis pro Inklusion > Vertreter/innen der Ratsfraktionen > Gebäudewirtschaft der Stadt Köln > Gesundheitsamt der Stadt Köln <p>Der „Runde Tisch“ soll erstmalig im ersten Quartal 2008 einberufen werden und zum Beginn des Schuljahres 2008/2009 einen ersten Bericht vorlegen.</p>	<p>für das Schuljahr 2009/2010 angegeben werden: 732 Kinder im GU des Primarbereichs, 272 Kinder im GU des Sekundarbereichs. Zum Schuljahr 2011/2012 werden weitere Schulen – darunter zumindest 2 weiterführende Schulen – mit Gemeinsamen Unterricht beginnen bzw. ihr bestehendes Angebot erweitern.</p> <p>Mit Ratsbeschluss vom 23.3.2010 beauftragte der Rat die Verwaltung, ein Konzept „Inklusion an Kölner Schulen“ bis 2012 zu erarbeiten. Ziel ist es, dass innerhalb von 10 Jahren zumindest 80% der Schüler/innen mit Behinderung allgemeine Schulen besuchen. Die Erarbeitung dieses Inklusionskonzeptes hat 2010 begonnen. Es werden alle Gruppen, die mit Schule befasst sind, in die Diskussion einbezogen. Auch die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat eine Vertreterin be-</p>	

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	> Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Se- nioren z. K.) > aus der Sit- zung der Stadt- arbeitsgemein- schaft Behinder- tenpolitik am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
				<p>nannt. Im 1. Halbjahr 2011 wird das Schuldezernat sowohl einen Fachtag für diese Gruppen (13.4.) als auch eine öffentliche Veranstaltung für Eltern und die interessierte Öffentlichkeit (7.6.) durchführen. Die Behindertenbeauftragte ist in die laufenden Diskussionen und Vorbereitungen eng eingebunden.</p> <p>Am Modellversuch des Landes – Aufbau von Gemeinschaftsschulen – hat Köln die Beteiligung mit 3 Standorten beantragt. NRW-weit liegen 19 Anträge vor. Die Konzepte aller 3 Kölner Schulen sehen den Aufbau inklusiver Schulen vor. Inzwischen hat das Landesministerium seine Entscheidung mitgeteilt. 2 Anträge wurden bewilligt, 1 abgelehnt. Die Verwaltung bemüht sich zurzeit, auch für diesen Antrag noch eine Bewilligung zu erreichen.</p> <p>Sollte das Land das Schulgesetz entsprechend ändern</p>	

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am: 	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
				oder alternativ den Modellversuch auf 50 Standorte ausweiten, wird mit Anträgen von weiteren 10 Schulen in Köln gerechnet. ► erledigt	
1.10	Schulen				
	Beschaffung einer Rampe für das Königin-Luise-Gymnasium	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verwaltung ➤ 07.09.2009 	<p>Im Königin-Luise-Gymnasium finden zurzeit auch Kurse der VHS statt. Zudem wurde und wird die Schule als Wahllokal genutzt. Die Schule ist jedoch nur über Treppeinstufen zu erreichen. Damit ist die Schule, das Kursangebot der VHS und das Wahllokal von mobilitätsbehinderten Menschen nicht barrierefrei nutzbar. Die Anschaffung einer mobilen Rampe könnte dieses Problem kurzfristig lösen.</p> <p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fasst daher einstimmig folgenden Beschluss: „Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet das Dezernat IV – Bildung, Jugend und Sport der Stadt Köln zu veranlassen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. dass für den Haupteingang des Königin-Luise-Gymnasiums eine mobile Rampe mit einer Steigung von höchstens 6 % angeschafft wird. Damit wäre der Zugang zum Schulgebäude zukünftig stufenlos und somit barrierefrei möglich. 2. grundsätzlich festzulegen, wer für Maßnahmen zur Schaffung oder Verbesserung der Barrierefreiheit an den Kölner Schulen zuständig ist.“ 	Der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wurde zur Sitzung am 01.12.2009 mitgeteilt, dass die Gebäudewirtschaft mit der Abgabe einer Kostenschätzung und der Prüfung der technischen Realisierbarkeit beauftragt wurde. Inzwischen liegt die Kostenschätzung vor. Um eine Rampe in Stahlbauweise im Haupteingang zu errichten, ist mit Kosten in Höhe von 15.000 € zu rechnen. Die Rampe kann zur Überwindung der 3 Stufen und bei einem max. Gefälle von 6 % nur fest errichtet werden. Aus denkmalschutzrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen die Errichtung einer Rampe. Aktuell ist nach Abstimmung der beteiligten Dienststellen der Verwaltung,	IV/ 40

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
				<p>eine Rollstuhlfahrerin betroffen. Für diese konnte in gemeinsamer Absprache zur Zufriedenheit aller, eine einvernehmliche Lösung gefunden werden. Durch die persönliche Hilfestellung von Helfern der Volkshochschule kann die vorhandene Barriere überwunden werden.</p> <p>Es ist zu beachten, dass auch wenn eine Rampe hergerichtet würde, lediglich die Klassenräume im Erdgeschoss und keine Fachräume erreichbar wären. Außerdem befindet sich in 2 diesem Bereich keine Behindertentoilette. Für andere öffentliche Veranstaltungen in der Schule steht das Pädagogische Zentrum zur Verfügung, welches über einen behindertengerechten Eingang und eine Behindertentoilette verfügt.</p> <p>Abgesehen davon, dass bereits eine organisatorische Lösung gefunden wurde, kann der Kurs auch in ein anderes barrierefreies Gebäude</p>	

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am: 	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
				<p>de verlegt werden. Dies wird bereits praktiziert, wenn z. B. ein/e Rollstuhlfahrer/in einen VHS-Kurs besuchen möchte, aber die dafür geplante Räumlichkeit, auch mit Hilfestellung, nicht erreichen kann.</p> <p>▶ erledigt</p>	
1.11	Infostellen				
	<p>Empfehlung zu einer stadtteilorientierten Übersicht für Bürgerinnen und Bürger über Angebote und Informationen für Menschen mit Behinderungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ 14.12.2004 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt mit einer Enthaltung folgende Empfehlung an den Ausschuss für Soziales und Senioren:</p> <p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik spricht sich dafür aus, ämterübergreifend die vorhandenen und für behinderte Menschen relevanten Informationen über soziale Einrichtungen, Vereine, Dienste zusammenzuführen und in einer stadtteilorientierten Übersicht für Bürger/innen und Berater/innen aufzubereiten. Darüber hinaus soll festgelegt werden, bei welcher Dienststelle die Zuständigkeit für die Erstellung und regelmäßige Aktualisierung der Informationen liegt.</p>	<p>Wurde dem Fachausschuss vorgelegt und vom Fachausschuss am 12.04.2005 und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 23.06.2006 als ▶ erledigt angesehen.</p> <p>Die Aufgabe wird durch das Beratungstelefon für Senioren und Menschen mit Behinderungen wahrgenommen.</p> <p>▶ erledigt</p>	V/50
1.12	Bauen und Verkehr				
	Nord-Süd-Stadtbahn	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verkehrsausschuss ➤ 14.12.2004 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt bei Enthaltung der Vertreter/innen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege folgende Empfehlung an den Ausschuss für Soziales und Senioren und den Verkehrsausschuss:</p>	<p>Wurde dem Fachausschuss vorgelegt.</p> <p>Wurde vom Fachausschuss am 12.04.2005 und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten-</p>	VI/69 VI/15

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am: 	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
			<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik besteht auf eine barrierefreie Realisierung des Projektes Nord-Süd-Stadtbahn. Sie fordert die Projektträger auf, für die Barrierefreiheit Sorge zu tragen.</p> <p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet, über die Probleme bei der barrierefreien Gestaltung unterrichtet zu werden. Ggf. soll hierzu eine Begutachtung durch eine unabhängige und kompetente Stelle in Auftrag gegeben und Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden.</p> <p>Es soll ein KVB Konzept erarbeitet werden, der Teil des Nahverkehrsplanes werden soll.</p>	<p>tenpolitik am 11.05.2006 als <ul style="list-style-type: none"> ▶ erledigt angesehen. </p>	
	U-Bahn-Ebene Hbf.	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verkehrsausschuss ➤ 30.06.2005 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt folgende Empfehlung zur Behandlung im Verkehrsausschuss:</p> <p>Die Erschließung der U-Bahnebene am Hauptbahnhof mit Aufzügen soll höchste Priorität erhalten. Die Schlüsselfunktion des Kölner Hauptbahnhof als Knotenpunkt von Nahverkehr und Fernverkehr mit Anbindung an den Flughafen ist nicht barrierefrei gegeben. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet den zuständigen Ausschuss, Lösungsmöglichkeiten für die geschilderte Problematik zu entwickeln.“</p>	<p>Wurde dem Fachausschuss vorgelegt. Die geforderte Aufzugsnachrüstung erfolgte Mitte 2007. <ul style="list-style-type: none"> ▶ erledigt </p>	VI/69
	Bahnhof Porz - Barrierefreie Gestaltung	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verkehrsausschuss ➤ 23.08.2007 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt dem Verkehrsausschuss:</p> <p>Der Bahnhof Porz muss barrierefrei nutzbar sein. Sollte dies nicht durch die entsprechende Erstellung der Bahnsteige möglich sein, muss die barrierefreie Nut-</p>	<p>Zu dem Beschluss Bahnhof Porz gab es zwischen den Behindertenorganisationen und der DB einen Termin mit nachfolgendem Ergebnis:</p>	VI

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	> Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Se- nioren z. K.) > aus der Sit- zung der Stadt- arbeitsgemein- schaft Behinder- tenpolitik am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
			zung durch die Fahrzeuge sichergestellt werden.	<p>Der Zugang zum neuen Bahnsteig erfolgt über Treppen/Aufzug zum Bahnsteigniveau.</p> <p>Die geplante Regelbahnsteighöhe beträgt 76 cm. Das zukünftige Betriebsprogramm der DB sieht nur den Halt mit Triebzügen oder Doppelstockwagen am Bahnsteig Porz vor.</p> <p>Der barrierefreie Zugang zu den S-Bahn-Zügen erfolgt zukünftig über absenkbare Rampen innerhalb des Zuges. Es muss ein entsprechender Knopf an der Außenseite des Zuges gedrückt werden, um dem Zugführer zu signalisieren, dass diese Rampe benötigt wird. Der Fahrzeugführer bedient diese Rampe vom Triebfahrzeug aus. Es befindet sich eine absenkbare Rampe entweder am Zuganfang oder am Zugende.</p> <p>Am 17.09.2009 hat die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik festgestellt, dass der</p>	

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Se- nioren z. K.) ➤ aus der Sit- zung der Stadt- arbeitsgemein- schaft Behinder- tenpolitik am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
				Bahnhof auch weiterhin nicht barrierefrei ist, sich hieran auf absehbare Zeit nicht mehr ändern lässt. Daher hat die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Be- schlussempfehlung einstimmig als ▶ erledigt entschieden.	
	Verkehrsanbindung der Rheinischen Kliniken Köln in Merheim, Wilhelm- Griesinger-Straße 23, 51109 Köln	➤ Verkehrsaus- schuss ➤ 19.06.2008	Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik emp- fiehl eine direkte Anbindung der Rheinischen Kliniken Köln an den ÖPNV zu betreiben. Die KVB und der Auf- gabenträger Stadt Köln werden gebeten, diesbezüglich konkrete Planungen zu erstellen und diese umzusetzen.	Der Verkehrsausschuss hat am 16.06.2009 eine Ver- kehrsanbindung der Rheini- schen Kliniken beschlossen. Die Anbindung durch die Bus- linie 158 wurde zum Fahr- planwechsel im Dezember 2009 realisiert. ▶ erledigt	VI/15, 66 KVB
	Verbesserung der Baustellenabsiche- rung	➤ Verkehrsaus- schuss ➤ 19.03.2009	<ul style="list-style-type: none"> • Generell sollen mobil aufgestellte Baustellenschilder zur Kontrastoptimierung mit signalgelben Fußplatten ausgestattet und aufgestellt werden. • Sie dürfen für alle Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen keine Gefahren (keine Stolperfallen) darstellen. • Die o.a. Vorgabe soll in das Merkblatt für Baustellenabsicherung aufgenommen werden. 	Der Flyer Baustellenabsiche- rung wurde mittlerweile veröf- fentlicht und enthält die Forde- rung, dass die mobil aufge- stellten Baustellenschilder zur Kontrastoptimierung mit sig- nalgelben Fußplatten ausges- tattet sein sollen. ▶ erledigt	VI
	Baustellen (I)	➤ Ver-	Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik be-	Die Stadtarbeitsgemeinschaft	VI

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Se- nioren z. K.) ➤ aus der Sit- zung der Stadt- arbeitsgemein- schaft Behinder- tenpolitik am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
		kehrsaus- schuss ➤ 14.12.2004	schließt einstimmig, folgende Empfehlung an den Ver- kehrsausschuss und den Ausschuss für Soziales und Senioren zu geben: Baustellen müssen so angelegt werden, dass sie nicht zu unüberwindlichen Hindernissen für Behinderte wer- den. Neue Wegeführungen, die auf Grund von Baustel- len eingerichtet werden, müssen barrierefrei gestaltet werden. Das zuständige Amt wird aufgefordert, Kriterien zu entwickeln und anzuwenden, um dies sicherzustel- len. Diese Kriterien sollen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, dem Verkehrsausschuss sowie dem Ausschuss für Soziales und Senioren des Rates der Stadt Köln vorgelegt werden.	Behindertenpolitik hat in ihrer Sitzung am 17.09.2009 als ► erledigt beschlossen.	
	Baustellen (II)	➤ Verkehrs- ausschuss ➤ 30.06.2005	Nach kurzer Diskussion beschließt die Stadtarbeitsge- meinschaft Behindertenpolitik einstimmig folgende Emp- fehlung zur Behandlung im Verkehrsausschuss: Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt im Folgenden zum Thema „Baustellen“ Stellung und bittet die zuständigen Ausschüsse um Beratung und entsprechenden Beschluss: Baustellen müssen so angelegt werden, dass sie nicht zu unüberwindlichen Hindernissen für behinderte Men- schen werden. Neue Wegeführungen, die aufgrund von Baustellen eingerichtet werden, müssen so gestaltet werden, dass sie auch für mobilitätsbehinderte, dazu zählen auch sehbehinderte und blinde Menschen, ge- fährlos und ohne fremde Hilfe passierbar sind.	Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat in ihrer Sitzung am 17.09.2009 als ► erledigt beschlossen.	VI

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am: 	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
			<ol style="list-style-type: none"> 1. Das zuständige Amt wird aufgefordert, Kriterien zu entwickeln, die beschreiben, welche Maßnahmen für die Barrierefreiheit von Baustellen erforderlich sind. Diese Kriterien sollen in einem Merkblatt zusammengefasst werden und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, dem Verkehrsausschuss, dem Ausschuss Bauen und Wohnen, dem Ausschuss für Stadtentwicklung sowie dem Ausschuss für Soziales und Senioren des Rates der Stadt Köln vorgelegt werden. 2. Dieses Merkblatt soll an alle Baufirmen ausgehändigt wird, die im Auftrag der Stadt tätig werden. Die Einhaltung der im Merkblatt aufgeführten Kriterien soll bereits bei Ausschreibung und Auftragsvergabe zum Vertragsgegenstand werden. 3. Bei Baumaßnahmen, die von der Stadt selbst vorgenommen werden, sollen verpflichtend die im Merkblatt aufgeführten Kriterien eingehalten werden.“ 		
	Sicherstellen Barrierefreien Planens und Bauens beim Dezernat Planen und Bauen	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verkehrsausschuss ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ AVR ➤ 17.09.2009 	Die Stadt-Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik begrüßt ausdrücklich die Absicht des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik (Amt 66) eine Planstelle für „Barrierefreies Bauen“ einzurichten. Die Stadt-Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet die Ausschüsse Soziales und Senioren, Verkehr und Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und die im verwaltungsinternen Verfahren beteiligten Fachämter - Organisationsamt (10), Personalamt (11) und Kämmerei	Die Stelle wurde zum 01.01.2011 besetzt. ▶ erledigt	66

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am: 	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
			(20) - die Einrichtung der o. g. Planstelle zu befürworten und zu unterstützen, so dass diese Stelle so schnell wie möglich von einer qualifizierten Fachkraft besetzt werden kann.		
	Blindenampeln	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verkehrsausschuss ➤ (Ankündigung ohne Beschlussfassung: 30.06.2005) 23.08.2007 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt, die Verwaltung (Amt für Straßen und Verkehrstechnik) aufzufordern, nach und nach Lichtsignalanlagen (LSA) mit „Blindensignalisierungen“ – akustisches Auffindesignal, vibrierender Pfeil und akustisches Freigabesignal - auszustatten und diesen Beschluss an den Fachausschuss (Verkehrsausschuss) mit der Bitte weiterzuleiten, sich des Themas anzunehmen.</p> <p>Ferner bittet die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik um:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ eine Aufstellung mit Zeitplan der Lichtsignalanlagen, die nach und nach mit Blindensignalisierungen ausgestattet werden sollen und zwar unter Berücksichtigung der beim Amt für Straßen und Verkehrstechnik geführten Prioritätenliste; ➤ eine Übersicht über die mit „alter Technik“ ausgestatteten Blindenampeln; ➤ eine Aufstellung über die in den letzten 2 Jahren mit Blindensignalisierung (neue Technik) ausgestatteten Lichtsignalanlagen. <p>Wie hoch ist der Haushaltsansatz für die Umsetzung der Barrierefreiheit beim Amt für Straßen und Verkehrstechnik?</p>	<p>Der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wurde in der Sitzung am 04.09.2008 mitgeteilt, dass das Amt 66 zukünftig bei der Erneuerung und dem Neubau von Lichtsignalanlagen grundsätzlich Blindensignalisierung mit akustischer und taktiler Freigabe umsetzen wird. Einzelfälle, bei denen etwa Sicherheitsbedenken gegen die akustische Freigabe bestehen, werden mit dem Blindenverein und der Behindertenbeauftragten abgestimmt</p> <p>Die folgenden Anlagen hierzu wurden der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Sitzung am 03.03.2010 zur Verfügung gestellt:</p> <p>Anlage 1 Blindensignalisierung, Umbau und Erneuerung: Im Rahmen des Erneuerungs-</p>	

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	> Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Se- nioren z. K.) > aus der Sit- zung der Stadt- arbeitsgemein- schaft Behinder- tenpolitik am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
				programms werden 2009 und 2010 akustische Blindensignalisierungen eingerichtet. Insgesamt werden über 420 Blindentaster mit akustischer Freigabe installiert. Anlage 2 Blindensignalisierung, taktile Blindenampeln: vorhandene Blindenampeln mit taktiler Freigabe Anlage 3 Blindensignalisierung, Blindenampeln akustisch und taktil: vorhandene Blindenampeln mit taktiler und akustischer Freigabe ► erledigt	
	Blindenampeln/Lichtsignalanlagen	28.02.2008	Zu der vorliegenden Stellungnahme des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik zum Thema akustische Signalgeber beschließen die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik einstimmig folgende Empfehlung: <ul style="list-style-type: none"> • Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik begrüßt ausdrücklich das Gesprächsangebot des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik. • Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fordert die Mitglieder des Arbeitskreises „Blin- 	Die Vertreter/innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen sind mit der Verwaltung im Gespräch (Siehe oben). siehe Blindenampeln ► erledigt	VI/66

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Se- nioren z. K.) ➤ aus der Sit- zung der Stadt- arbeitsgemein- schaft Behinder- tenpolitik am:	Beschluss- texte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
			den-Signalisierung“ auf, einen Gesprächstermin für Anfang April 2008 zu vereinbaren. <ul style="list-style-type: none"> • Innerhalb des Gesprächs soll das Amt für Straßen und Verkehrstechnik den neu entwickelten Signalgeber vorstellen und den weiteren Verlauf der Testphase darstellen. • Das Amt für Straßen und Verkehrstechnik soll folgende Fragen beantworten: <ol style="list-style-type: none"> 1. Warum hat die Fachverwaltung einen neuen Signalgeber für Blindenampeln entwickeln lassen? 2. Wie hoch sind die Entwicklungskosten? 3. Welche Signalgeber werden zurzeit bzw. bis zur Entscheidung über den neuen Signalgeber installiert? 4. Wie sieht ein Vergleich der Kosten für den neuen Signalgeber mit den Produkten der bekannten und bewährten Anbieter der Firmen Langmatz, SER und RTB Brohr aus? 5. Wie viele Ampeln wurden mit welcher Technik in den Jahren 2006 und 2007 umgerüstet? 		
1.13	Kunst und Kultur				
	Kulturzentrum am Neumarkt - KaN	➤ 03.03.2010	Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließen, dass die Barrierefreiheit des Kulturzentrums am Neumarkt (KaN) durch nachträgliche Maßnahmen hergestellt wird. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik besteht auf taktilen Führungen von der Infotheke zum Museum Schnütgen, zu den Panorama-Aufzügen, zu den Behin-	Es wurden in Absprache mit den Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen und dem Büro der Behindertenbeauftragten umfangreiche Nachbesserungen umgesetzt, so dass das Kulturzentrum am	VII

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Erledigte Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 – 31.12.2010

Stand 15.02.2011 aufgrund Entscheidung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1	Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	➤ Gerichtet an: (und Ausschuss Soziales und Senioren z. K.) ➤ aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zuständig bzw. federführend/ Stellungnahme durch:
			dertentoiletten und zum VHS-Saal. Sie bittet den Arbeitskreis „Barrierefreies Köln“, das Büro der Behindertenbeauftragten und den Bauherren, gemeinsam eine Lösung zu finden.	Neumarkt im Herbst 2010 überwiegend barrierefrei eröffnet werden konnte. ▶ erledigt	